

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hier: Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Hagen nach dem Beitritt der Stadt zum Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Beratungsfolge:

03.03.2020 Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

siehe Anlage

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

Sind ggf. betroffen

Kurzerläuterung:

siehe Anlage



IM RAT DER STADT HAGEN

21.02.2020

An den
Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
Herrn Detlef Reinke

Sehr geehrter Herr Reinke,

bitte nehmen Sie folgenden Vorschlag gem. § 6 (1) GeschO für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2020 auf:

Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Hagen nach dem Beitritt der Stadt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu berichten, inwieweit der Oberbürgermeister oder andere Vertreter*innen der Stadt den Ratsbeschluss zu TOP 4.2. der Ratssitzung am 13. Februar 2020 umgesetzt und gegenüber Bund und Land angezeigt haben, dass die Schlüsselzuweisungen an Geflüchteten, insbesondere hinsichtlich der Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer, bisher nicht ausgeschöpft sind, und welche Auswirkungen dies bisher auf die Zuweisung im Rahmen dieses Schlüssels gehabt hat.

Begründung:

Die humanitäre Lage vor allem in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln verschärft sich laut Zeitungsberichten zusehends. Betroffen sind vor allem die schutzwürdigsten Gruppen der Frauen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. So sind beispielsweise im Registrierungslager Moria auf der Insel Lesbos, das für 3.000 Menschen ausgelegt ist, laut Berichten 20.000 Schutzsuchende untergebracht, darunter rund 40 Prozent Kinder und Jugendliche.

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 13. Februar 2020 den Beitritt der Stadt Hagen zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beschlossen und den Oberbürgermeister aufgefordert, die Bereitschaft der Stadt zu Aufnahme von Flüchtlingen gegenüber Bund und Land deutlich zu machen. Der Rat hat deutlich gemacht, dass diese Bereitschaft „insbesondere hinsichtlich von Frauen und unbegleiteten minderjährigen Kinder und Jugendlichen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen in Auffanglagern in Griechenland befinden“, gelte.

Mit freundlichen Grüßen
Bündnis 90/ Die Grünen im Rat

Karin Köppen
Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Nensa
f.d.R.
Christoph Nensa
Fraktionsgeschäftsführer